



01. Juli 2019

DIE BILDER VON DER VERLEGUNG VON GEFANGENEN ZEIGEN UNS EIN GANZ ANDERES GESICHT ALS DAS, WELCHES DER PRÄSIDENT BESCHREIBT

Interview mit Erika Guevara-Rosas, Direktorin bei Amnesty International für den amerikanischen Kontinent, mit Rodrigo Baires Quezada in der Revista Factum

<https://www.revistafactum.com/las-imagenes-del-traslado-de-reos-nos-muestra-una-cara-muy-distinta-a-la-que-el-presidente-describe/>, 1. Juli 2019

Eine Delegation von Amnesty International (AI) traf sich mit Präsident Nayib Bukele, um ihm einen Überblick über die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Menschenrechten zu geben, denen sich seine Regierung stellen muss. Laut Erika Guevara trafen sie sich mit einem Präsidenten, der die Verpflichtung bekräftigte, keine Menschenrechte zu verletzen, und darin eine wichtige Säule seiner Regierung sieht.

Erika Guevara Rosas, Direktorin von Amnesty International für den amerikanischen Kontinent, traf sich fast zwei Stunden lang mit dem Präsidenten der Republik, Nayib Bukele, und überreichte ihm ein Memorandum mit ersten Menschenrechtsempfehlungen. Das 10-seitige Dokument, erklärte Rosas, "ist eine genaue Analyse der wichtigsten Herausforderungen, die die Menschenrechtsorganisationen des Landes identifizieren konnten", und mit denen die neue Regierung konfrontiert ist. Das Magazin Revista Factum sprach mit ihr nach diesem Treffen am 24. Juni. In diesem Interview erläutert sie die Erwartungen ihrer Organisation und die Verpflichtungen des Präsidenten zu Themen wie den sexuellen und reproduktiven Rechten von Frauen und der Politik der öffentlichen Sicherheit.

Amnesty International zufolge konnte gezeigt werden, dass die "Politik der harten Hand", charakterisiert auch durch die Migration, die Gewaltsituation verschärft hat, gleichbedeutend als hätte man versucht ein Feuer mit Benzin zu löschen. Deshalb glaubt man bei Amnesty International auch, dass die Regierung Bukele - obwohl sie aufgrund der Schwere des Problems an einem Scheideweg steht - vermeiden muss, den gleichen gescheiterten Weg einzuschlagen, der bereits zuvor zu keinem guten Ergebnis geführt hat. Und obwohl der Präsident Amnesty International gegenüber bekräftigte, sich dafür einzusetzen, die Achtung der Menschenrechte zu garantieren, bleibt dort die Befürchtung bestehen, dass er auf Gewalt mit mehr Gewalt reagieren wird. Um das Sicherheitsproblem zu lösen, so Rosas, müssen auch schwerwiegende Probleme von Menschenrechtsverletzungen angegangen werden, und das ohne die Ausrede vorzuschieben, dass es sich um vererbte Probleme handele.



Für Amnesty International ist El Salvador auch ein Beispiel für extreme Gewalt gegen Frauen, da es beim Thema "sexuelle und reproduktive Rechte" Verzögerungen gibt. Laut Rosas hat Bukele sich zu konkreten Schritten in Bezug auf dieses Thema verpflichtet: einen sektorenübergreifenden runden Tisch zu schaffen, der Ministerien wie das für Gesundheit und Bildung miteinbezieht, um öffentliche Maßnahmen wie eine umfassende Sexualaufklärung in einem früheren Alter zu beginnen, sowie Mechanismen zur Verhinderung von Schwangerschaften bei Mädchen und Jugendlichen zu entwickeln, die dazu beitragen, die Kriminalisierung von Frauen, die unter extremer Armut leiden, zu verringern.

Obwohl der Präsident direkt keine Gesetzesreformen zur Entkriminalisierung von Abtreibungen in bestimmten Situationen einleiten kann, sollte er aus Sicht von Amnesty International der Forderung nachkommen, eine öffentliche Debatte über dieses Thema einzuleiten.

FACTum: "Amnesty International äußerte im Jahresbericht 2017/18 über El Salvador Besorgnis zu mehreren Themen: die Rechte der Frauen, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Rechte; die Rechte von LGBT-Personen; der Kampf gegen die Straflosigkeit; Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte; Zwangsvertreibungen aufgrund von Gewalt. Was haben Sie mit dem Präsidenten über die öffentliche Sicherheit besprochen?"

Erika Guevara Rosas: "Für Amnesty International ist dies ein grundlegendes Thema auf der Menschenrechtsagenda, da es die Ausübung mehrerer Rechte betrifft, die in El Salvador seit vielen Jahren verletzt werden. Wir können nicht leugnen, dass das Land sich in einer durch allgemeine Gewalt geprägten Krise befindet, welche die Bevölkerung gewalttätigen Handlungen, Mord, Erpressung, Verfolgung und vielen entwurzelten Menschen auf der Flucht aussetzt. Grund dafür ist die Zunahme der organisierten Kriminalität sowie der steigenden Anzahl an Banden und Maras. Leider war das, was wir bei den letzten Regierungen gesehen haben, eine militarisierte Reaktion, die mit "harter Hand" versuchte, ein Feuer mit Benzin zu löschen. Dies hat Bedingungen geschaffen, unter denen auch von den Sicherheitskräften schwere Menschenrechtsverletzungen an den BürgerInnen begangen wurden: willkürliche Verhaftungen, Folter, erzwungenes Verschwindenlassen, außergerichtliche Hinrichtungen. Soziale Gewalt ist eine ernste Herausforderung für jeden Staat, denn sie steht nicht nur im Zusammenhang mit dem Verbrechen von Banden, sondern auch mit der Zerstörung des sozialen Gefüges, das Ergebnis der Unterwerfung ganzer Gemeinschaften und der Zwangsrekrutierung dieser Strukturen. Dies geschieht, weil der Staat auf vielen Ebenen nicht präsent ist oder mit diesen Gefügen zusammengearbeitet hat, was wir nicht nur in El Salvador sehen. Wir wissen, dass Lösungen für ein komplexes Problem komplex sein müssen, dass die Strategie der "harten Hand" in der gesamten Region gescheitert ist und nur zu Gewalt, Korruption und Straflosigkeit geführt hat. Es muss also eine umfassende Politik geben, die sich einerseits mit der Kriminalität befasst, andererseits aber auch mit sozialen Problemen."

FACTum: "Letzteres zeigt sich ein wenig im Cuscatlán-Plan, dem Vorschlag, den der Präsident noch während seiner Kandidatur einbrachte, welcher statt der "harten Hand" eher auf Prävention durch eine Kombination von Sport, Kultur und Beschäftigung setzt; was wir in den letzten Wochen jedoch gesehen haben, war wieder eher eine "harte Hand", noch mehr Benzin ins Feuer."

Erika Guevara Rosas: "Wir haben ihn (den Präsidenten, Anmerkung der ÜbersetzerInnen) auf unsere Besorgnis aufmerksam gemacht, dass sich dieselben Fehler wiederholen könnten, wie sie bereits anderen Verwaltungen unterliefen, und die dadurch bereits demonstrierten, dass es sich um gescheiterte Strategien handelt und dass diese weder die Kriminalität, noch die Gewalt oder die Vertreibung von Menschen vermindern."



Er verweist darauf, dass dieser territoriale Kontrollplan (wie wir durch mehrere Tweets erfahren haben, wurde kein schriftlicher Plan veröffentlicht, in dem wir jede Handlung bestimmen und analysieren könnten), wie er sagt, eine erste Phase bilde, um die territoriale Präsenz in städtischen Zentren zu erlangen, wo sich die Aktionen der kriminellen Gruppen auf Erpressung konzentrieren, weil sie dadurch die Gesellschaft unter Kontrolle halten können. Ihm zufolge führe der Plan seit seiner Umsetzung zu einem Rückgang der Morde. Wir sehen jedoch mit Sorge die Bilder der Gefangenentransporte, bei denen die Häftlinge entmenschlicht werden. Dies zeigt uns ein ganz anderes Gesicht als das, welches der Präsident beschreibt.”

FACTum: “Wie denkt man bei Amnesty International darüber, dass dieser Aktionsplan nicht veröffentlicht wird und dass der Präsident damit prahlt?”

Erika Guevara Rosas: “Er wiederholte mehrmals während des Treffens, dass seine Verpflichtung darin bestehe, die Menschenrechte nicht zu verletzen, und dass er glaube, dass die Anwesenheit der Sicherheitskräfte ein schlagkräftiger Mechanismus gegen kriminelle Gruppen sei; weiter sagte er, dass andererseits die Präsenz des Staates durch Gesundheits- und Bildungseinrichtungen erfolgen werde und dass es ein ganzheitlicher Plan sein müsse. Ich wiederhole, leider haben wir keine schriftliche Ausarbeitung, anhand derer eine Analyse der Maßnahmen, die er ergreifen werde, möglich wäre, aber eine Sache, die Amnesty International vom Präsidenten verlangt, ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft. In früheren Verwaltungen gab es aufkeimende Initiativen, viele von ihnen sehr schwach, aber zumindest beteiligten sie zivilgesellschaftliche Organisationen. Diese Initiativen können durch andere Beteiligungsmechanismen ersetzt werden, aber es ist klar, dass die Regierung keine Pläne umsetzen kann, die darauf abzielen, allumfassend zu sein, wenn es keine Transparenz und Beteiligung der Gesellschaft gibt. Wir hoffen, dass dieser ministerienübergreifende Runde Tisch ein idealer Ort für die Beteiligung der Zivilgesellschaft sein wird und dass er einen Mechanismus schafft, bei dem der Staat rechenschaftspflichtig ist.”

(...BILD...)

(BILDUNTERSCHRIFT) Erika Guevara Rosas, Direktorin von Amnesty International für den amerikanischen Kontinent, im Interview für das FACTUM Magazin in San Salvador, El Salvador, am 24. Juni 2019. Foto-FACTUM/ Salvador MELENDEZ

FACTum: “Sehr beunruhigend ist es, die Art von Kommentaren unter Beiträgen zu sehen, welche diese Maßnahmen der harten Hand bewerben. Man findet Botschaften voll von mehr Gewalt und Hass. Was wenn das Sicherheitsprogramm nach und nach fallen gelassen wird, was wiederum Gewalt und sozialen Hass nährt? Dies könnte sogar in den eigenen Reihen der Sicherheitskräfte geschehen.”

Erika Guevara Rosas: “Es ist sehr beunruhigend, dass es eine solche soziale Reaktion gibt. Wir erkennen an, dass die Tausenden von Menschen, welche das Land verlassen um internationalen Schutz zu suchen, soziale Verzweiflung sehen und erleben. In einem Kontext, in dem die Menschen die Nase voll haben, wird es einen Teil der Bevölkerung geben, der mehr Durchschlagskraft und eine harte Hand als Antwort verlangt, aber die Regierung darf sich von dieser öffentlichen Nachfrage nicht anziehen lassen. Die Regierung trägt die Verantwortung, die Menschenrechte in jedem Kontext zu wahren, einschließlich derjenigen von Menschen, die inhaftiert sind. Der neue Populismus und der Autoritarismus in unserer Region erzeugen Feinde; eine wahre Demokratie muss Opposition, Kritik und Achtung der Menschenrechte fördern, sonst verfällt sie dem Populismus und wird zum Autoritarismus, der behauptet zu kritisieren. In diesem Sinne könnte die Art und Weise, wie die Regierung auf eine menschenrechtsorientierte Richtlinie reagiert, zeigen, dass ein bedeutender Wandel



stattfindet. Durch bloßes Wiederholen bereits gescheiterter Maßnahmen führt man im Gegenteil eine anhaltende Verschlechterung herbei.“

FACTum: “Eine der starken Persönlichkeiten in der politischen Partei (GANA), die Präsident Bukele an die Macht brachte, ist Guillermo Gallegos, jemand, der offen über die Verabschiedung der Todesstrafe spricht.“

Erika Guevara Rosas: “Die Todesstrafe hat in der modernen Welt keinen Platz. Wenn sich die Welt auf dem Weg zur Abschaffung der Todesstrafe befindet, wäre es inakzeptabel, wenn ein Land eine Diskussion über deren Wiedereinführung aufnehmen würde, vor allem wenn wir wissen, dass dies kein Anreiz ist, die Kriminalität zu verringern.“

FACTum: “Es ist offensichtlich, dass diese Regierung sich auf 30 Jahren "harter Hand" und verschiedenen ideologischer Ausprägungen begründet; und das führte dazu, dass die Banden lernten, dass sie ein politischer Akteur mit einer Währung des Wandels sein können: Gewalt... Wie kann man das ändern?“

Erika Guevara Rosas: “Diese Politik der harten Hand nährte die Gewalt. Mit Gewalt zu reagieren erzeugt nur noch mehr Gewalt, und diese Regierung, die sich an einem Scheideweg befindet, muss entscheiden, ob sie mit gescheiterten Maßnahmen fortfahren will, welche keine Probleme sozialen Ursprungs lösen, oder ob sie eine 180-Grad-Wende zu einem anderen Vorgehen vornimmt. Die neue Regierung steht vor vielen vererbten Herausforderungen, aber das darf keine Ausrede sein. Man kann nicht sagen: "Nun, das ist falsch, wegen der Taten anderer Regierungen." Das wissen wir bereits! Das Bild ist sehr deutlich. Nun, die Maßnahmen der Regierung müssen energisch sein. Im kommenden November wird El Salvador den Vereinten Nationen seine Allgemeine Regelmäßige Überprüfung (UPR)¹ vorlegen müssen, in der die Maßnahmen der früheren Regierung bewertet werden, aber auch die Maßnahmen, die diese neue Regierung ergreifen wird, um die Herausforderungen anzugehen. Zu entschuldigen, dass das Problem etwas Vererbtes ist, trägt nicht zur Lösung des Problems bei. Die Regierung muss klären, wie sie mit schweren Menschenrechtsverletzungen umgehen will.“

FACTum: “Ist es nicht notwendig, die Polizei in diesem Zuge genauer in Augenschein zu nehmen?“

Erika Guevara Rosas: “Polizeikontrollen sind etwas, das wir angehen. Handelt es sich um dieselben Polizisten und Militärs, die mit der organisierten Kriminalität konspirieren oder die auch Menschenrechtsverletzungen begangen haben? Bleibt dies ohne Untersuchung, sendet man eine negative Botschaft. Der Präsident wiederholte mehrmals: "Ich werde die Menschenrechte nicht verletzen". Und um das einzuhalten, muss er sicherstellen, dass frühere Verstöße untersucht werden, indem er mit Nachdruck darauf hinweist, dass die Kontrolle der Kriminalität nicht durch Menschenrechtsverletzungen erfolgen darf.“

FACTum: “Fälle von Menschenrechtsverletzungen wurden bereits angeprangert: Folter und willkürliche Inhaftierungen im Rahmen dieses neuen Plans, bei denen die Täter staatliche Kräfte waren.“

Erika Guevara Rosas: “Wird dies nicht untersucht, wird keine klare Botschaft gesendet. Der Präsident gab bekannt, dass vor einigen Tagen mehrere Polizisten verhaftet wurden. Er sagte, dass es bei der Kontrolle und Untersuchung eine gewisse Durchschlagskraft geben muss. Aber



auch wenn die Bürger etwas anprangern, muss mit der gleichen Durchschlagskraft gehandelt werden.“

FACTum: **“In der Vergangenheit verteidigte der ehemalige Direktor der Nationalen Zivilpolizei (PNC) das Vorgehen, das bei Zusammenstößen zwischen Polizeibeamten und mutmaßlichen Kriminellen Todesopfer forderte, als Ergebnis rechtmäßiger Handlungen, selbst in den Fällen, in denen technische Beweise und Zeugenberichte dies bezweifeln ließen.“**

Erika Guevara Rosas: “In El Salvador herrscht die größte Unverhältnismäßigkeit zwischen getöteten Polizisten und Zivilisten, die von Polizisten bei Zusammenstößen getötet wurden. In diesem Land kommen auf jeden Polizeibeamten, der bei einer Konfrontation getötet wird, 160 ebenso getötete Menschen, während der Weltdurchschnitt bei 1 Polizeibeamten pro 6 Personen liegt. Dies vermittelt Ihnen einen Eindruck davon, wie Menschenrechte verletzt werden, und zeugt leider nicht davon, wie dies untersucht oder sanktioniert wird. In vielen dieser Fälle handelt es sich um außergerichtliche Hinrichtungen, bei denen das Fehlen einer Untersuchung eine schlechte Botschaft hinterließ.“

FACTum: **“Gehörte die Einsetzung einer Kommission gegen Straflosigkeit und Korruption, eines eventuellen CICIES, zu den Themen in Ihrem Treffen mit dem Präsidenten?“**

Erika Guevara Rosas: “Bei diesem Treffen haben wir uns nicht mit dem konkreten Thema beschäftigt, sondern mit der Notwendigkeit, dass El Salvador sich der internationalen Kontrolle durch bestehende Mechanismen öffnet. Unserer Meinung nach könnte die Möglichkeit der Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission, ähnlich der CICIG in Guatemala, eine Alternative sein, um das Problem der Korruption und Straffreiheit in einem Land anzugehen, das leider ein gewisses Erbe mit sich trägt. Wir sprechen nicht speziell darüber, sondern über die Bedeutung der Kontrolle allgemein und die Bedeutung, die El Salvador in Mittelamerika bei der Kennzeichnung von Modellen und Beispielen hat, und dass dies die Beteiligung der Zivilgesellschaft erfordert und dass es eine Demokratie sein müsste, die internationale Kritik sowie auf nationaler Ebene Kritik durch die Zivilgesellschaft und durch ernsthaften und alternativen Journalismus akzeptiert.“

FACTum: **“Es geht um die öffentliche Kontrolle, aber in der Praxis geht es um Nachrichten, die tröpfchenweise kommen. Zu allen Themen, nicht nur zur Sicherheit. Diese Meldungen informieren, erklären aber nicht, wie die Dinge funktionieren sollen. Das jüngste Beispiel ist die Migration: Präsident Bukele traf sich mit Präsident Andrés Manuel López Obrador und wir wissen nicht, welches Vorgehen sie für Migrationsthemen festgelegt haben.“**

Erika Guevara Rosas: “Bei Amnesty International sprechen wir nicht von einer Migration aus freien Stücken, sondern von einer Flüchtlingskrise, einer Krise der menschlichen Mobilität. Die Menschen ziehen nicht freiwillig los, um einen besseren Job zu suchen, sondern um ihr Leben zu retten. Amnesty International dokumentiert dies seit vielen Jahren. Leider sehen sich die Menschen, die das nördliche Dreieck Mittelamerikas verlassen, nicht nur der Verweigerung humanitärer Hilfe gegenüber, sondern auch ihrer Ablehnung in den Zielländern, in welchen sie in vielen Fällen schwerwiegende Verletzungen ihrer Menschenrechte erfahren, vor allem im Transitverkehr, insbesondere in Mexiko, wo sie unter Erpressung und sogar Massakern leiden.“

(BILD)

Interview mit Erika Guevara Rosas, Americas Director von Amnesty International, für das FACTUM Magazine in San Salvador, El Salvador, am 24. Juni 2019.
Foto-FACTUM/ Salvador MELENDEZ



FACTum: “Am 13. Juni wurde eine salvadorianische Frau getötet, als mexikanische Sicherheitskräfte das Feuer auf ein Fahrzeug eröffneten, in dem MigrantInnen unterwegs waren. Am 20. Juni traf sich Präsident Bukele mit López Obrador, und was sie uns sagten, war, dass es einen umfassenden Entwicklungsplan für Mittelamerika gebe, dass wir nicht wüssten, worum es gehe, und dass Mexiko 30 Millionen Dollar an Saatgut für einen Wiederaufforstungsplan gespendet habe, aber kein Wort über diesen Vorfall.”

Erika Guevara Rosas: “In dem Memorandum, das wir Präsident Bukele übergeben haben, wird sehr deutlich darauf hingewiesen, dass das Schutzmandat der Regierung grenzüberschreitend gelten muss. Mit anderen Worten, es liegt auch in der Verantwortung der salvadorianischen Regierung, ihre Staatsangehörigen außerhalb des Landes zu schützen. In diesem Fall gab es keine öffentliche Forderung der Regierung von Präsident Bukele an die mexikanische Regierung, eine Untersuchung und Gerechtigkeit für diese junge Frau zu fordern. Es ist wichtig, diese Fälle nicht nur sichtbar zu machen, sondern auch die Verantwortung zu übernehmen, die gegenüber den Angehörigen besteht. Ich glaube, dass dieses Land 30 Millionen Dollar an Hilfe begrüßt, auch wenn sie aus dem Land kommen, das unter Druck steht und zum wichtigsten Ausweisungs-Akteur der Vereinigten Staaten geworden ist. Trotzdem muss man hier aber auch verstehen, dass die Lösung für die Migration nicht darin bestehen wird, einige Bäume zu pflanzen und denjenigen, die sie pflanzen, dadurch Arbeit anzubieten. Es muss eine ganzheitlichere Antwort darauf geben, warum Menschen sich entscheiden zu gehen, weil es eben mehrere Gründe gibt.”

FACTum: “Hat der Präsident darüber gesprochen, ob seine Regierung die Genehmigung der Entkriminalisierung der Abtreibung in vier speziellen Fällen unterstützen wird?”

Erika Guevara Rosas: “Eines der Themen, die wir diskutiert haben, ist aus Sicht von Amnesty International eine internationale Schande für El Salvador: es handelt sich nämlich um eines der Länder, das die extremste Gewalt gegen Mädchen und Frauen in jeder Hinsicht zulässt. Nicht nur ihr Recht auf vollständige Gesundheit, sondern auch sexuelle und reproduktive Rechte werden verletzt. In diesem Land gibt es eine hohe Rate an Feminiziden, sowie Schwangerschaften bei Mädchen und Jugendlichen; jedes Jahr werden mindestens 1.500 Vergewaltigungen registriert, in der überwiegenden Mehrheit handelt es sich bei den Opfern um Mädchen und junge Frauen. Im Übrigen kommt hinzu, dass es sich um eines der wenigen Länder der Welt mit vollständigem Abtreibungsverbot handelt. In diesem Kontext werden Frauen kriminalisiert - insbesondere in Armut lebende Frauen - einfach weil sie eine schwangerschaftsbedingte Komplikation erleiden und deshalb des Verdachts der Abtreibung beschuldigt und inhaftiert werden. Die geschieht mit einer Wut der Justiz, die sie dann des schweren Mordes beschuldigt, und in vielen Fällen mit Freiheitsstrafen von bis zu 40 Jahren bestraft.... Es ist eine große Schande, und deshalb haben wir Präsident Bukele damit konfrontiert.”

FACTum: “Hat er kurz- oder mittelfristig eine Lösung angeboten?”

Erika Guevara Rosas: “Im Vergleich zu anderen menschenrechtlichen Herausforderungen wie Gewalt ist dies ein Problem, das mit politischem Willen gelöst wird. Ein Problem, das der Staat in seinen Händen hält.”

FACTum: “Was könnte der erste Schritt sein, um es zu lösen?”

Erika Guevara Rosas: “Entkriminalisierung der Abtreibung, um das Recht von Mädchen und Frauen auf Entscheidungsfindung zu gewährleisten, um das grundlegendste Recht im Bereich der reproduktiven und sexuellen Rechte ausüben zu können, d.h. das Recht, über ihren eigenen Körper zu entscheiden, aber auch, dass die Änderung seitens der Legislative zu einer



Änderung im sozialen Narrativ führen könnte, um die Kriminalisierung von Frauen in Armut zu beenden, weil sie keinen Zugang zu umfassender Gesundheit, sexueller und reproduktiver Gesundheit, mütterlicher Gesundheit und reproduktiver Gesundheit in jeder Hinsicht haben. Wir machten das dem Präsidenten klar. Uns scheint, dass dies ein wichtiger Schritt ist, der getan werden kann: ein Gesetz zur Entkriminalisierung der Abtreibung zu fördern, aber auch Maßnahmen für eine sofortige Überprüfung zu ergreifen, denn die Mehrheit der Frauen, die wegen dieser Situation im Gefängnis sitzen, wurde von MitarbeiterInnen des Gesundheitswesens angezeigt. Unserer Meinung nach könnte ein Fortschritt ein Betreuungskonzept sein, das der Betreuung und Beratung der Frauen Vorrang einräumt und nicht der Kriminalisierung.“

FACTum: “Aber Beamte sind nach unserer Verfassung verpflichtet, den Verdacht auf ein Verbrechen, von dem sie Kenntnis haben, zu melden.”

Erika Guevara Rosas: “Ja, aber die Verfassung schützt auch das Recht der PatientInnen auf Privatsphäre und das Recht der ÄrztInnen auf Vertraulichkeit. Und diese Rechte werden in öffentlichen Krankenhäusern verletzt. Aber es muss verstanden werden, dass das völlige Verbot der Abtreibung einen Kontext der Kriminalisierung von Frauen geschaffen hat. Viele der Frauen, die wegen dieser Situation im Gefängnis waren, sind Frauen, die Komplikationen in ihrer Schwangerschaft hatten, nicht einmal Abtreibungen veranlasst haben, sondern Fehlgeburten, und die bloße Tatsache, arm zu sein, hat sie kriminalisiert. Und nur der bloße Verdacht führte sie ins Gefängnis.”

FACTum: “Dies ist beispielsweise bei Maria Teresa der Fall, die wegen schweren Mordes angeklagt war und zu 40 Jahren verurteilt wurde.”

Erika Guevara Rosas: “Die Zeugenaussage, die Maria Teresa ins Gefängnis führte, war die ihrer Arbeitgeberin, die behauptete, dass sie ihr im Januar jenes Jahres gesagt habe, dass sie denke, sie sei schwanger, und im November habe sie dann angeblich eine Abtreibung vorgenommen. Der Richter stellte fest, dass Maria Teresa im 11. Monat schwanger war, als sie den Schwangerschaftsabbruch hatte!”

FACTum: “Warum sehen wir solche Fälle nicht gemeldet aus privaten Krankenhäusern?”

Erika Guevara Rosas: “Es gibt beispielsweise keine Fälle von Frauen, die Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen haben. Dies ist eine Frage des politischen Willens, es scheint uns, dass es von der Regierung dieses neuen Präsidenten ausgehend einen sozialen Wandel geben kann, der mit der öffentlichen Politik beginnt und der es diesen Frauen ermöglicht, nicht von der Gesellschaft stigmatisiert zu werden. Er erkannte an, dass es sich um eine wichtige Herausforderung handelt, wenn Rechte verletzt werden, und sagte, dass das Ministerium für öffentliche Gesundheit Maßnahmen zur Erstellung von Betreuungsprotokollen ergreifen werde, damit es eine umfassende Sexualerziehung im frühesten Alter geben wird, um Mechanismen zur Verhütung von Schwangerschaften bei Mädchen und Jugendlichen zu haben, und dass der Gewalt gegen Frauen und den hohen Raten sexueller Gewalt Aufmerksamkeit geschenkt wird. Amnesty International wird diese Verpflichtungen weiterverfolgen, denn es scheint uns ein positives Signal zu sein, dass der Präsident erkennt, dass es sich um Herausforderungen handelt.”

FACTum: “Die Protokolle sind etwas, was die Exekutive der Ministerien, für Bildung, öffentliche Gesundheit und sogar des neuen Ministeriums für lokale Entwicklung tun kann. Der Präsident hat jedoch nicht die legislative Handhabe, um Gesetzesänderungen zu erreichen.”



Erika Guevara Rosas: “Aber das bedeutet nicht, dass er keine Prozesse initiieren kann oder dass er nicht stattdessen zivilgesellschaftlichen Organisationen den Weg ebnen kann, um eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Er muss eine öffentliche Debatte erzeugen, etwas, das wir in anderen Ländern gesehen haben, wo die Exekutive eine öffentliche Debatte zuließ, die eine wichtige Veränderung des sozialen Narrativs ermöglicht, wie es in Argentinien geschehen ist. Die Exekutive hat einen sehr wichtigen Einfluss, und deshalb sagen wir, dass es sich um eine Frage des politischen Kompromisses handelt.”

FACTum: “Und sieht Amnesty International diesen politischen Kompromiss in der neuen Regierung?”

Erika Guevara Rosas: “Nehmen wir an, es gibt einen wichtigen Schritt: die Anerkennung, dass dies eine Verletzung der Menschenrechte von Mädchen und Frauen ist; und in der Tat hat der Präsident selbst sich dazu verpflichtet einen ministerienübergreifenden Runden Tisch zu schaffen, an dem der Gesundheitsminister teilnehmen wird und an dem wir von Amnesty International und anderen Organisationen zusammenkommen können, um diese Fragen zu diskutieren und Lösungen vorzuschlagen. Wir hoffen, dass die Zugeständnisse durch den Präsidenten in konkrete und energische Aktionen umgesetzt werden können, die Teil des Aktionsplans der Regierung für die Menschenrechte sind.”

FACTum: “Wie sieht es mit der Anerkennung der Rechte der Geschlechtervielfalt aus? Eines der Anliegen der LGTBIQ-Gemeinschaft zu Beginn der Regierung war zu erfahren, was mit der Arbeit der Direktion für Vielfalt innerhalb des Sekretariats für soziale Eingliederung geschehen würde, das der Präsident auflöste. Er äußerte in einem Tweet, dass es an das Kulturministerium übergehen würde.”

Erika Guevara Rosas: “Zunächst haben wir ihn im Allgemeinen gefragt, wer auf höchster Ebene für die Behandlung der Menschenrechtsfrage zuständig ist. Wir wussten, dass in der Vergangenheit in der Verwaltung ein Menschenrechtsbeauftragter mit der Präsidentschaft verbunden war. Wir haben ihn nach dem offiziellen Gespräch gefragt, und er hat uns gesagt, dass es kein spezifisches Gespräch geben wird, denn für ihn sind die Menschenrechte eine Querschnittsachse, und dass der ministerienübergreifende Runde Tisch zu diesem Zweck angeboten wird, vom Kulturminister geleitet, und an dem die Minister für öffentliche Gesundheit, Bildung und Sicherheit zusammenkommen werden. Dies ist die konkrete Verpflichtung, die er eingegangen ist, und es scheint uns ein interessanter Ansatz zu sein, bei dem zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Fragen stellen und eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Lösungen für die Herausforderungen der Menschenrechte spielen können. Wir wissen, dass die LGTBIQ-Bevölkerung von sozialer Gewalt geplagt ist, die nicht nur durch die organisierte Kriminalität, sondern auch durch die Behörden hervorgerufen wird, und dass sie auch Opfer von Zwangsvertreibungen sind. Ihre Stimme ist daher in jeder öffentlichen Debatte und bei Lösungsvorschlägen von größter Bedeutung.”

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanische Original:

“**Las imágenes del traslado de reos nos muestra una cara muy distinta a la que el presidente describe**”, Por Rodrigo Baires Quezada el 1 julio 2019

<https://www.revistafactum.com/las-imagenes-del-traslado-de-reos-nos-muestra-una-cara-muy-distinta-a-la-que-el-presidente-describe/>, 1. Juli 2019

Im Original sind auch die Bilder enthalten.

ⁱ **Zusatzinformation:**

Bericht der salvadorianischen Regierung an die UN Menschenrechtskommission vom 20.08.2019 (UPR) <https://undocs.org/A/HRC/WG.6/34/SLV/1>

